

Der Gefellshafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“



Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn **1.80**
Einzelnummer **10**
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Saisser (Karl Saisser) Nagold

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum **15** J , Familien-Anzeigen **12** J
Reklame-Seite **45** J , Sammelanzeigen **50%** Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gefellshafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 139

Gegründet 1826

Freitag, den 18. Juni 1926

Fernsprecher Nr. 29

100. Jahrgang

Bessarabien: die Kriegsgefahr auf dem Balkan

Seit Jahrhunderten ist der Balkan mit seinem dauernden Gären und Brodeln ein Bollwerk des Krieges. Die Blutrache der Familie Springt auf Sippen und Gemeinden, auf Länder und Reiche über. Fanatismus ist im übrigen Europa meist ideell, auf dem Balkan gehört er zum Leben wie das Salz zum Brot. Mit Fanatismus wird zurzeit auf dem Balkan ein Kampf geführt, der sich der Waffen des Krieges noch nicht bedient: Der Kampf um Bessarabien! Von rumänischer Seite mit Zuckerbrot zuerst, dann mit der Peitsche, von russischer mit Verprechungen, die zu Denten Anlaß geben. Auf beiden Ufern des Grenzflusses Dniester mit einem Fanatismus, der seinen Höhepunkt noch nicht erreicht hat, weil er sich nicht vor den Augen der breiten Öffentlichkeit Europas abspielt. Trotzdem ist es kein Geheimnis, daß in Moskau politische Erwägungen, die mit der bessarabischen Frage in Verbindung stehen, eine außerordentlich bedeutende Rolle spielen. Man ist sich in Moskau völlig darüber im Klaren, daß Rumänien äußerste Kräfte vergeudet, um die Gebiete, die es von Oesterreich-Ungarn, Rußland und Bulgarien erbeutete, zu beherrschen. Die dazu nötigen Rüstungen und der Verwaltungsapparat erschöpfen das Land wirtschaftlich und führen es in eine immer hoffnungslosere Lage. Da sich gleichzeitig die Lage im gesamten Europa verschlimmert und die schon schon Voraussetzungen für seine Sowjetisierung im Entstehen sind, kann Bessarabien leicht eines der Ausfallorte werden, durch welche Rußland seine Ideen nach Europa zu übertragen versuchen wird. Für Rumänien wird naturgemäß mit jedem Tage die Lösung der bessarabischen Frage nicht nur schwieriger, sondern auch dringlicher. Das Bündnis mit Polen, das Rumänien gegen Rußland decken soll, ist kein Schutz, sondern eine politische Belastung. Nicht nur die polnische Revolution der letzten Tage, die wahrscheinlich den Beginn neuer Umwälzungen bedeutet und damit alte Kapitel aus der polnischen Vergangenheit erneuert, sondern die ganze Struktur Polens mit seinen unmöglichen Grenzen zwischen zwei mächtigen feindlichen Nationen, mit seinen Millionen revolutionärer Minderheiten, mit der Unmöglichkeit, aus eigener Kraft dauernd ein Heer zu bezahlen, das über ein Drittel aller Staatsausgaben verschlingt, und gleichzeitig ein gesundes Wirtschaftsleben zu erhalten — alles dies zeigt, auf wie schwachen Füßen Polen steht. Die kleine Entente, die in erster Linie gegen Ungarn gerichtet ist, hat für den Schutz gegen die russische Gefahr überhaupt keine Bedeutung. Auch von anderer Seite außerhalb der rumänischen Grenzen ist eine praktische Hilfe kaum zu erwarten. Es ist auch keine Aussicht auf eine Verringerung dieser Verhältnisse vorhanden, solange der Streit um Bessarabien zwischen Rumänien und Rußland liegt. Das Verhalten der Mächte zur bessarabischen Frage ist bezeichnend genug. Ein Teil von ihnen hat die Angliederung an Rumänien zur Kenntnis genommen; es ist aber ganz ausgeschlossen, daß Frankreich oder irgend ein anderer Staat im Falle eines Konfliktes wegen dieser Frage Rumänien mehr als im besten Falle eine Unterstützung durch wohlwollende Neutralität gewähren wird. Die andere Gruppe der Staaten, so zum Beispiel Italien, weigert sich bis zum heutigen Tage, den Anschluß Bessarabiens amtlich zur Kenntnis zu nehmen. Es gibt eben keinen Staat, der um Bessarabiens willen das Risiko einer tödlichen Verfeinerung mit Sowjetrußland auf sich nehmen würde, denn Rußland ist wieder ein Weltfaktor geworden.

Der ausländische Politiker in Rumänien muß sich wundern, daß unter solchen Umständen die rumänische auswärtige Politik kaum etwas tut, um dieser Lebensfrage Rumäniens ernstlich an den Leib zu rücken. Allerdings liegt dieses Problem zunächst auf innerpolitischem Gebiete. Es hat einen Augenblick gegeben, in dem die bessarabische Bevölkerung die rumänische Herrschaft als eine wirkliche Befreiung von dem Druck des Bolschewismus empfunden hat. Das war zu Beginn der rumänischen Besitzergreifung in der Zeit um 1919. Dieser psychologische Augenblick wurde aber verpaßt und nichts getan, um die damalige Stimmung zu erhalten und zu pflegen, dagegen vieles, was zur völligen Entfremdung dieser Provinz geführt hat. Man darf nicht verschweigen, daß in Bessarabien eine miserable, menschenunwürdige und unfaubere Verwaltung geführt und daß die allgemeine Bolschewikenjuracht durch politische Abenteuer zu einem System gefühlloser Willkür und Verfolgung ausgebaut worden ist, so daß sich der gesamten Bevölkerung der Provinz eine ungeheure Empörung und Erbitterung gegen alles, was rumänisch ist, bemächtigt hat, deren politische Folgen man sich nicht ernst genug vorstellen kann. — Es ist der breiten Öffentlichkeit sicherlich völlig unbekannt, daß Mitte März 1920 die bessarabische Aktion des damaligen Außenministers Alexander Baida, soweit vorgeschritten war, daß Rumänien begründete Hoffnung haben konnte, in Ropenhagen zu einer Konferenz zu gelangen, die sicherlich mit einem für es günstigen Ergebnis abgeschlossen hätte. Die in der diplomatischen Geschichte einzig dastehende Art der Entlassung des Ministeriums Baida hat diese Aktion erstickt. Es ist sehr leicht möglich, daß der damals verpaßte Augenblick nicht mehr wiederkehrt und vielleicht die ganze Zukunft des großrumänischen Staates entscheidet. Was selber geschehen und bekannt geworden ist, geht über kleine dilettantisch anmutende Aktionen nicht heraus und zweifellos ist die zwölfte Stunde bedenklich nahe gerückt, die zu einer Lösung drängt.

Reichskanzler Marx über die Lage der Landwirtschaft

Landtagsauflösung in Hessen.

Berlin, 17. Juni. Der Reichskanzler Dr. Marx gewährte einem Vertreter des W.L.B. eine Unterredung, in der er über die Lage der Landwirtschaft folgendes ausführte:

Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, die in den letzten Jahren nahezu alle Wirtschaftsgruppen erfaßte, lastet auf unserer Landwirtschaft besonders schwer, trotz ihres lebhaften Willens, durch Intensivierung zu der Erstarkung ihrer Betriebe und damit zu dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft beizutragen. Es darf deshalb nicht dahin kommen, daß unter dem Druck der schwebenden Schuld der Landwirt, wie im Vorjahre es häufig der Fall war, zu einem vorzeitigen Auf-den-Markt-Werfen seiner Ernterzeugnisse zu Schleuderpreisen gebracht wird. Die neuerreichte, mit beträchtlichen Geldmitteln ausgestattete Getreidehandels-Gesellschaft wird durch ihre Getreideankäufe hier regulierend eingreifen. Ferner ist durch die Verhandlungen mit der Reichsbank und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse Vorkehrung getroffen, daß der Landwirt auf Grund seines in sicheren Gewehrjam eingelagerten Getreides einen Kredit erhält, ohne daß zunächst ein vorzeitiges Auf-den-Markt-Bringen dieser Getreidemengen erforderlich ist. Gleichzeitig wird die erleichterte Lage des Geldmarktes auf eine elastischere Gestaltung der Fälligkeitstermine der schwebenden Schulden hinwirken. Die Aufbringung der im Oktober und November fälligen Räte der Rentenbankabwicklungskredite ist von der Rentenbankkreditanstalt im Benehmen mit der Reichsregierung durch namhafte Rückstellungen für diesen Zweck erleichtert. Der Vergleich des gegenwärtigen Zinsfußes gegenüber dem noch im Vorjahre gezahlten kann nur noch zu dem Ergebnis führen, daß hier wesentliche Erleichterungen sowohl in langfristigen Realkredit, wie im schwebenden Personalkredit herbeigeführt sind. Die Reichsregierung

wird zusammen mit der Reichsbank bemüht sein, die von den Zentralinstituten durchgeführte Herabsetzung des Zinsfußes in immer zunehmendem Umfange auch bei den örtlichen Kreditstellen in Auswirkung zu bringen. Daneben bleibt die Hauptfrage, dem Landwirt ständige Sicherheit dafür zu verschaffen, daß er die Früchte seiner Arbeit zu Preisen absetzen kann, die seine Unkosten decken und seine Mühe und Arbeit lohnen. Dafür muß vor allem eine Voransetzung geschaffen werden, das ist die Stärkung des inneren Marktes. Diese herbeizuführen, ist neben der Notwendigkeit, den deutschen Export nach allen Ländern zu fördern, eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung. Unter diesen Gesichtspunkten muß und wird die Handelsvertragspolitik zu führen sein.

Auflösung des hessischen Landtags

Darmstadt, 17. Juni. Die Unterzeichnungslisten des Volksbegehrens für die Auflösung des hessischen Landtags werden, wie das „Darmstädter Tageblatt“ meldet, am Donnerstag vormittag dem Landtagspräsidium überreicht werden. Der Erfolg des Wirtschafts- und Ordnungsblocks hat alle Erwartungen übertroffen. Statt der gesetzlich vorgeschriebenen 42 000 Unterschriften haben sich rund 164 000 Landtagswähler in die Unterzeichnungslisten eingetragen. Im hessischen Landtag wurde ein Antrag von der Deutschen Volkspartei, dem Bauernbund und den Deutschnationalen eingebracht, in dem gefordert wird, daß sich der Landtag außer durch Volksabstimmung gemäß den bisherigen Bestimmungen der Verfassung auch aus eigenem Recht auflösen kann. Begründet wurde der Antrag damit, man wolle in Zukunft die Kosten der Volksabstimmung ersparen.

Neuestes vom Tage

Das Reichsehrenmal

Berlin, 17. Juni. Mittwoch, den 16. Juni 1926, fand unter Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Brüning eine Besprechung der verschiedenen Frontkämpferverbände in Sachen des Reichsehrenmals statt. Volle Übereinstimmung herrschte von vornherein darüber, daß für das Ehrenmal lediglich eine Gegend in Betracht kommen könnte, wo die Ehrung der Gefallenen in Form eines Ehrenhains gekleidet werden könnte, ohne dabei den Gedanken der Heldenehrung in denmalmäßiger Form, wenn auch in schlichtester Weise auszuschließen. Nach eingehender Aussprache ergab sich, daß von den zahlreichen durch den Reichskunstwart geprüften Orten von den Erschienenen lediglich der Wald Berka bei Weimar und die Gegend von Goslar für geeignet gehalten wurden. Der Stahlhelm, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Deutsche Reichskriegerbund Kriehäuler, der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener Deutschlands, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener erklärten sich für die Gegend von Weimar. Der Tannenbergebund, der deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere, der Bund deutscher Marinevereine, der Marineoffiziersverband und der Reichsoffiziersbund erklärten, daß sie Goslar den Vorzug geben würden, aber auch einer Heldenehrung in der Gegend von Weimar ihre Mitwirkung nicht verlagern würden.

Partei Führer beim Reichskanzler

Berlin, 17. Juni. Gestern fand in der Reichskanzlei eine Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler statt, um Klarheit zu gewinnen über die parlamentarische Lage im Hinblick auf die bevorstehende Einführung der erhöhten autonomen Zollsätze für Einfuhrgetreide. Die erhöhten Sätze sollen am 1. August in Kraft treten. Praktisch werden sie fast nicht mehr zur Anwendung gelangen, da in den bisher abgeschlossenen Handelsverträgen auf der Grundlage der Meißbegünstigungsklausel die neuen Zollsätze bereits unterboten bleiben. In den heutigen Parteiführerbesprechungen wurden bestimmte Resultate nicht erzielt. Am Montag soll eine weitere Parteiführerbesprechung stattfinden, nachdem der deutsch-schwedische Handelsvertrag am Reichstag die erste Lösung passiert hat. Die Besprechungen der Parteiführer beim Reichskanzler sollen auch auf die allgemeine politische Lage ausgedehnt werden sein. Die Aussichten des Volksentscheids werden in Regierungskreisen keineswegs anders beurteilt, als bisher. Daß die Regierung ernste Besürchungen hege, ist nur eine Stimmungsmache der Linken. Man ist sowohl in der Koalition als auch in der Regierung entschlossen, keinerlei innerpolitische Entscheidungen vorweg zu nehmen oder vorzubereiten, bis nicht der Tag des Volksentscheids vorüber ist. Von einer angeblich schon jetzt bestehenden Festlegung einzelner Teile der Koalition auf eine Regierungserweiterung — ganz gleich wie der Volksentscheid ausfällt — kann keine Rede sein.

Dr. Stresemann zur Frage der Fürstenabfindung
Dortmund, 17. Juni. In einer Hauptvorstandssitzung des Bistumkreises Westfalen-Süd der Deutschen Volkspartei in Haagen sprach Reichsminister des Auswärtigen Dr.

Stresemann über die politische Lage. In seinen Ausführungen ging Dr. Stresemann auch auf die Frage der Fürstenentschädigung näher ein und wies die in einer Zentrumsversammlung in Höchst a. M. aufgestellte Behauptung zurück, wonach die Deutsche Volkspartei in den letzten Besprechungen mit dem Reichskanzler habe erkennen lassen, daß sie für ein Kompromiß, welches nicht verfassungsändernd ist, nicht zu haben sei und somit jede Aussicht auf eine zufriedenstellende Lösung durch Reichstagsbeschluß mit einfacher Mehrheit entfallt. Demgegenüber stellte Dr. Stresemann zugleich im ausdrücklichen Einverständnis mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz mit Nachdruck fest, daß gerade die Deutsche Volkspartei für eine Regelung eingetreten sei, durch welche eine befriedigende Lösung durch Reichstagsbeschluß mit einfacher Mehrheit gewährleistet werde. Es sei selbstverständlich, daß auch nach dem zu erwartenden negativen Ausfall der Abstimmung am 20. Juni die Reichsregierung mit allem Nachdruck für die Annahme ihrer Vergleichsvorschläge eintreten werde, und daß die Deutsche Volkspartei, wie Dr. Stresemann als Parteivorsitzender feststellte, sich mit größter Energie für diese Vergleichslösung einsetzen werde, die, wie die Zustimmung der preuß. Staatsregierung zu diesen Vorschlägen im Reichsrat wohl vor aller Öffentlichkeit beweise, die Staatsinteressen genügend wahre.

Aufruf führender Demokraten gegen den Volksentscheid

Hamburg, 17. Juni. Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht nachstehende Erklärung:
Am 20. Juni soll eine allgemeine Volksabstimmung stattfinden über den Antrag, das gesamte Vermögen der ehemaligen Fürsten ohne Entschädigung zu enteignen. Für die Frage der Fürstenenteignung ist die einzige richtige Lösung die Einsetzung eines Sondergerichts, wie sie im Reichstag beantragt ist und verhandelt wird. Sollte dagegen der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag angenommen werden, so wäre das eine traffe Vergewaltigung der Begriffe des Rechts und des Eigentums. Der Vorstand der deutschdemokratischen Partei hat leider aus taktischen Gründen keine feste Parole für die Abstimmung ausgeben, sondern dem einzelnen überlassen, wie er sich verhalten will. Die Unterzeichneten, die der demokratischen Partei entweder angehören oder ihr nahe stehen, hatten das für unheilvoll und fordern deshalb ihre Gefinnungsgenossen öffentlich auf, den Antrag klarheit zu gewinnen über die parlamentarische Lage und zwar in der entschiedensten Form durch **R i c h t b e t e i l i g u n g** an der **A b s t i m m u n g**. Die Erklärung ist unterzeichnet von Hans Delbrück, Georg Gothein, Johannes Jund, Friedrich Weinede, Graf Max Montgelas, Paul Rohrbach, Hermann Schliepmann.

Der Bayr. Bauernbund gegen den Volksentscheid

Landsberg a. Lech, 17. Juni. Auf einer Versammlung des Bauernbundes in Landsberg hielt Landwirtschaftsminister Fehr eine Rede, in der er auch zur Frage des Volksentscheids Stellung nahm, wobei er betonte, daß der bayr. Staat eine entschädigungslose Enteignung, wie sie die Sozialdemokraten und die Kommunisten anstreben, ablehnen müsse.

Konferenz der deutschen Ernährungsminister

München, 17. Juni. Für die morgen vormittag in München unter dem Vorsitz des Reichsministers für Er-

nahrung und Landwirtschaft zusammen tretende Konferenz der deutschen Ernährungsminister ist folgende Tagesordnung aufgestellt worden: Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen, Finanzierung der kommenden Ernte (Deutsche Getreidehandelsgesellschaft, Getreidelombard), landwirtschaftliche Kreditfragen und die Lage der Milchwirtschaft, insbesondere Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Milch. Im Anschluß an diese Tagung ist am 19. Juni die Besichtigung der bayerischen Moorkulturanstalt Bernau vorgesehen.

Die Karlsruher Studentenschaft hinter den Hannoveranern
Karlsruhe, 17. Juni. In einer Studentenvollversammlung der Karlsruher Studentenschaft, die sich eingehend mit dem Fall Lessing-Hannover beschäftigt hatte, wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Karlsruher Studentenschaft und mit ihr sehr viele Akademiker stellen sich geschlossen hinter ihre hannoveraner Kommilitonen im Kampf gegen Dr. Lessing, im Kampf für die akademische Freiheit, Ehre und Würde. Der Kampf gilt nicht der Staatsautorität und der Autorität der akademischen Behörden, sondern er ist im Gegenteil getragen von Autoritätsglauben und Autoritätswillen. — Wir bekämpfen nur den zerketzenden Geist und die unmoralische Gefinnung, als deren Träger Dr. Lessing uns erscheint. Wir rufen unsern hannoveranischen Kommilitonen zu: „Führt den Kampf in dieser Richtung durch! Wir stehen euch zur Seite.“

Die Krise in Paris

Paris, 17. Juni. Der Präsident der Republik hat nach seinen Besprechungen mit den meisten führenden Persönlichkeiten der Kammer Briand mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Briand hat den Auftrag angenommen. Im Quai d'Orsay erklärte er einigen Pressevertretern, er habe die Absicht, ein Ministerium auf breiter Grundlage zu bilden und Männer von Autorität und Kredit in sein Kabinett aufzunehmen, damit endlich der Zustand der allgemeinen Unsicherheit beseitigt werde. Briand hat bei seinen Bemühungen um ein Kabinett schon einen ersten Mißerfolg zu verzeichnen: Bei den heutigen Besprechungen Briand mit Herriot, Marin und Poincaré hat, wie verlautet, Poincaré erklärt, er sei entschlossen, kein Portefeuille zu übernehmen. Ziel gefährlicher aber als dies, ist für Briand der Beschluß der Radikalsocialisten, der lautet: „Der Kongreß der radikalsocialistischen Partei verwirft alle dem Gefühl des republikanischen Landes widersprechenden Bestrebungen und jeden politischen Versuch, der unter dem Deckmantel der nationalen Einigung zum Ziele hat, die Macht einer Minorität auszuliefern. Die Entschließung der Radikalsocialisten wird zur Folge haben, daß Herriot unter Berufung auf den Beschluß des Kongresses eine Berufung in das Kabinett Briand ablehnen wird. Ebenso wie die Radikalsocialisten haben aber auch die republikanischen Sozialisten gestern Abend eine Entscheidung gefaßt, die sich gegen die Bildung eines Kabinetts unter Einfluß der Rechtsparteien wendet. Unter diesen Umständen rechnet man mit einer langen Regierungskrise.“

Englands Bolschewissenfurcht

London, 17. Juni. Der „Daily Express“ kündigt an, daß die englische Regierung gegenüber den kaufmännischen Organisationen der Sowjets in England eine strengere Überwachung durchführen und so verhindern werde, daß diese Organisationen für Propagandazwecke mißbraucht würden. Andererseits erklärt das Blatt, daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, irgend einen Bruch mit den Sowjets herbeizuführen. Das Kabinett wird also keine weiteren Schritte in der Angelegenheit unternehmen. Die neuen Vorschläge der englischen Regierung schließen folgende Punkte ein: 1. Unter dem Achttundentag sollen von ungefährt 50 v. H. aller Gruben die gegenwärtigen Lohnsätze während der Monate Juli, August und September garantiert werden. 2. Nach Ablauf dieser Zeit sollen neue Lohnsätze nach Maßgabe der erzielten Gewinne festgesetzt werden. 3. Bei 25 v. H. aller Bergwerke wird eine Reduzierung der Minimallohnsätze um ungefährt 10 v. H. stattfinden.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 17. Juni.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurden die gestern zurückgestellte Abstimmungen nachgeholt. Dabei wurde der Ansuchenantrag angenommen, betr. Senkung der Baukosten und Förderung der privaten Baugesellschaften sowie der gemeinnützigen Baugesellschaften. Angenommen wurde ferner ein Antrag Dr. Schermann (Z.), die Preisbildung der Baustoffindikatoren einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und ein Antrag Dr. Widder (SP.), die Baustoffstelle aufzuheben. Abgelehnt wurde ein komm. Antrag, die Erträge der Gebäudeverschuldungsfreier in vollem Umfang dem Wohnungsbau zuzuführen und ein Antrag Pflüger (S.), die Polizei an die Gemeinden zurückzugeben. Alle anderen Anträge wurden an den Finanzausschuß überwiesen. Der Gesellentwurf über Bürgerschaft des Staats bei Ausfußgeschäften nach Rußland und der dritte Nachtragsetz betr. Förderung des Luftverkehrs wurden in erster Lesung debattiert. Bei Fortsetzung der Beratung des Staats des Innern teilt Minister Wolz zum Kap. 22 (Staats- und Privatirrenanstalten) mit, daß in Zwiefalten ein Irrenmorgensort aufgefunden wurde, daß sich aber keine Klarheit darüber ergab, ob der Irre die Verletzungen schon bei der Einlieferung hatte oder erst nachher erhielt, weshalb die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellte. Beim Kap. 23 (Gesundheitswesen) gab es eine längere Debatte über den Ansuchenantrag, eine besondere staatliche Anstalt für tuberkulöse Kinder zu errichten. Minister Wolz stellte sich auf den Standpunkt, daß für die Anstalt kein Bedürfnis vorliege, und daß es besser wäre, die bestehenden Anstalten und die Eltern zu unterstützen. Ein Antrag Dr. Schermann (Z.), an Stelle der Errichtung einer staatlichen Anstalt die Bestrebungen der auf dem Gebiet der Tuberkulosefürsorge tätigen Körperschaften und Verbände (Charitasverband und Verein für Volksheilstätten) durch ausgiebige staatliche Zuschüsse zu fördern, wurde angenommen. Der Abg. Pollich (Z.) wies darauf hin, daß die Verschickung schwäbischer Kinder ins Banat, an die Nord- und Ostsee allmählich zu Auswüchsen und Verstiegenheiten geführt habe, und daß die Kinder innerhalb der schwarz-roten Grenzpfähle viel besser untergebracht werden. Beim Kap. Veterinärwesen wurde nach längerer Aussprache der Ansuchenantrag angenommen, zu erwägen, ob angesichts der guten Wirkung der Behandlung der Maul- und Klauenseuche durch Impfung Erleichterungen in den Abperrungsmahregeln zugelassen werden können und zu prüfen, ob es nicht möglich ist, die Freigabe der verpackten Gehöste durch Oberamtsärzte und Oberamt gleichzeitig durchzuführen. Angenommen wurde ferner ein Antrag Rank (Z.), den Geflügelhänd-

lern zu ermöglichen, daß sie Aufgeschlag verstellen, sofern sie mit diesem Geflügel nicht in Berührung kommen. Beim Kap. 25 (Landesheimstätten) wurde ein Antrag der weiblichen Abg. Plank-Riß-Siller auf Neuordnung der Verhältnisse im Hebammenberuf gegen die Stimmen des Bauernbunds angenommen. Minister Wolz bedauerte, daß der Vertrag mit der Stadt Stuttgart wegen Neubaus der Landesheimstätten immer noch nicht abgeschlossen ist. Schließlich wurde noch in die Beratung des Kap. 77 (Straßen- und Wasserbau) eingetreten. Die Großen Anfragen betr. die Hochwasserschäden werden in der morgigen Sitzung zur Verhandlung kommen.

Württemberg

Die württ. Regierung zum Volksbegehren des Sparerbunds

Vom Württ. Sparerbund wird uns geschrieben:

Das Württ. Staatsministerium hat die ihm eingereichte Entschließung der Tagung der Südd. Sparer- und Sparerschulverbände mit folgendem Schreiben beantwortet:

„Von der Kundgebung der Vertreter der südd. Sparerverbände wegen Zulassung des beantragten Volksbegehrens über die Aufwertung haben der Herr Staatspräsident und das Staatsministerium Kenntnis genommen. Die Entschließung ist alsbald den in erster Linie beteiligten Ministerien (Justizministerium, Ministerium des Innern und Finanzministerium) übermittelt worden. Ich beehre mich anzufügen, daß die Württ. Regierung die Gesandtschaft in Berlin angewiesen hat, den Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volksentscheid (Reichsratsdrucksache Nr. 69) im Reichsrat abzulehnen.“

Evangelischer Landeskirchentag

Nach den Ausführungen des Berichterstatters Abg. Welsch sah sich der Oberkirchenrat im Blick auf das kommende 8. Schuljahr und auf die Einführung neuer Religionslehrpläne veranlaßt, das Spruch- und Liederbuch von 1913 neu zu bearbeiten. Der neue Entwurf sei eine ausgedehnte sachmännliche Arbeit und ein wertvolles Hilfsbuch für den Religionsunterricht. Vorausgesetzt sei, daß das Memorieren als selbständiges Fach beibehalten werde. Württemberg stehe mit seinem abgeänderten Spruchbuch an der Spitze der evangelischen Landeskirchen. Die christlichen Familien sollten noch wesentlich mehr, als dies bisher schon in dankenswerter Weise geschah, die Kirche und die Religionslehrer bei der Einprägung dieses für die religiöse Bildung unentbehrlichen Gedächtnisstoffs unterstützen. Nachdem die Kirchenleitung den Abänderungsvorschlägen des Ausschusses zugestimmt hat, empfiehlt der Berichterstatter die Vorlage zur Annahme. In der folgenden eingehenden Aussprache wünscht Abg. Köhler, das Spruch- und Liederbuch mit Bildern und schönem Druck ausgestattet zu sehen. Abg. Gaub bemerkt zu den Sonderzeichen, daß für gebrauchsschwache Schüler ohnehin besonders geforgt sei. Zu jedem christlichen Fest sollte ein altes Kernlied gelernt werden. Nachdem ein neues Verständnis für die herbe, echte Schönheit der alten Kirchenlieder und des Chorals erwacht ist, sollte der Oberkirchenrat den Gemeinden die Erlernung dieser Singweisen besonders empfehlen, wobei die Schule bisher schon wertvollste Dienste geleistet hätte. Dem Spruch- und Liederbuch müsse ein neuer Singplan folgen. Bei der folgenden Abstimmung wird der Neubearbeitung des Spruch- und Liederbuchs einstimmig zugestimmt. Nach einem Schlusswort des Präsidenten Köhler dankt Vizepräsident Welsch demselben für die Leitung der Verhandlungen und spricht die tiefste Teilnahme der evangelischen Kirche an der Not der Arbeitlosen aus. Damit ist die Tagung des Landeskirchentags beendet.

Stuttgart, 17. Juni. Erhöhung des Abmangels im Stadthaushaltsplan. In der Finanzkommission des Gemeinderats teilte Rechtsrat Hirzel mit, daß auf dem Gebiet des Fürorgewesens gegenüber dem Vorschlag mit beträchtlichen Mehraufwendungen zu rechnen sei. Dadurch steigere sich der ungedeckte Abmangel von 4 auf 5,5 Millionen RM.

Besuch der Kunstgewerbeschule. Die württ. Kunstgewerbeschule wird im laufenden Sommerhalbjahr von 362 Schülern besucht.

Soziale Bewegung der kaufmännischen Angestellten. Der württ. Gauverband des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes befaßte sich am 9. Juni mit den schwebenden sozialpolitischen Angelegenheiten. Bedauernd wurde die ablehnende Haltung des württ. Arbeitsministeriums gegenüber der Forderung von berufsständischen Vertretungen. Der Sondernachweis für kaufm. Angestellte soll erhalten bleiben. Die Vermehrung der Verkaufsjonrage wurde als unzulässig und unsozial bezeichnet. Die Wertpensionskassen sollen aufgewertet werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist unbefriedigend. Der Einführung des Religionsunterrichts in den Handelsschulen wurde nicht zugestimmt.

Aus dem Lande

Lamm M. Ludwigsburg, 17. Juni. Glücklich Gemeinde. Eine Wohnungsnot im eigentlichen Sinn besteht hier nicht mehr; auch ist die Erstellung einiger neuer Wohnungen im Lauf des Jahres in Aussicht zu nehmen, sodaß das Oberamt im Hinblick auf den Ministerialerlaß vom 1. Juni 1926 ersucht werden konnte, die Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes für die hiesige Gemeinde auf 1. Juli 1926 aufzuheben.

Großspah M. Badnang, 17. Juni. Aus Not mehr. Der Händler August Mehrer wurde nachts von zwei unbekannt Personen überfallen und geschlagen. In der Wut darüber begab er sich am andern Tag vor das Haus eines der beiden vermeintlichen Täter. Er hatte sich mit einer Wirtsgabel bewaffnet. Der Angegriffene griff nun aber zum Revolver und gab einen Schuß ab, der Mehrer schwer verletzte.

Weinsberg, 17. Juni. Kirchsensschau. Die Kirchsensschau in Weinsberg am Sonntag, 20. Juni ist die 1. Schau in unserm Land. Sie verspricht eine seltene Reichhaltigkeit, bringt sie doch nicht allein Erzeugnisse aus dem Unterland, sondern auch aus dem übrigen Land, ja selbst aus dem Bodenseegebiet.

Gmünd, 17. Juni. Verein württ. Körperschaftsbeamter. Der Verein württ. Körperschaftsbeamter wird seine diesjährige Landesversammlung am 30. und 31. Juli in Gmünd abhalten.

Neresheim, 17. Juni. Jugend von heute. Aus dem Härtsfeld wurden in letzter Zeit Opferstücke erbrochen und Kerzen aus einer Kirche gestohlen; nun wurde der Täter erfaßt, wie er einen Bildstock zertrümmerte und die Muttergottesfigur köpfe — es ist ein 10jähriger Bube, der auch verschiedene Diebstähle und Betrügereien begangen.

M. 17. Juni. Steigende Erwerbslosigkeit. Auf 1. Juni ist eine Zunahme von 58 unterstützten Erwerbslosen zu verzeichnen.

Biberach, 17. Juni. Tödlicher Unfall. Gestern Abend fuhr ein Personauto zwischen Ahlen und Ruperstshofen (M. Biberach) beim Ausweichen eines Fuhrwerks in den Straßengraben. Das Auto überflug sich, die Insassen unter sich begraben. Eine Frau war sofort tot, während die übrigen Mitfahrenden mit teils schweren, teils leichteren Verletzungen davorkamen.

Leuckisch, 17. Juni. Brand. Vorgestern Abend ist in Altrach die Scheuer des Köhlewirt Max Hegels, der erst vor kurzem das Geschäft übernommen hat, abgebrannt. Es gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken, so daß größerer Schaden verhütet wurde. Brandstiftung wird angenommen.

Leitnang, 17. Juni. Versicherungsbetrug. Das Schöffengericht hat den früheren Kaufmann Gottlieb Maier aus Stuttgart, der wegen Versicherungsbetrugs schon eine Strafe von 2 1/2 Monaten Gefängnis erhalten hat, wegen Betrugs in 12 weiteren Fällen zu einer Zusatzstrafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

... Ich sehe in dem Enteignungsantrag einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaates, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist ...

Freudenburg

Aus Stadt und Land

Magold, 18. Juni 1926.

Edle Gedanken und gerechte Handlungen sind der einzige Jungbrunnen der Seele. Wer sich den Gewalten der Habgucht und des Ehrgeizes, dem Neid und der Genußsucht anfangen gibt, der altert schnell und wird vorzeitig zum Greise. Haushofer.

Körperschaftsbeamten- und Ortsvorstehervereinigung Magold.

Morgen Samstag, nachmittags 2 Uhr, findet im „Ochsen“ in Wildberg eine Versammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Vom Bezirksrat.

Aus den Verhandlungen vom 14. Juni 1926 ist folgendes zu erwähnen: Der vom Gemeinderat Magold beschlossene Ortsbauplan für die Freudenstädterstraße, den Meisterweg, die Gewande Ziegelstein, Lehmgrube, Vorderer Lehmberg und Kreuzsteine wird genehmigt. — Von der Zurücksetzung des Oberamtspflegers Rapp, der kürzlich das 67. Lebensjahr vollendet hat, wird unter Anerkennung seiner treuen und erprobten Dienste Kenntnis genommen. — Anlässlich der Neuwahl des Oberamtspflegers, die von der nächsten Amtsversammlung vorzunehmen ist, soll eine Neuordnung in der Weise erfolgen, daß die Geschäfte des Wohlfaßrats teilweise von der Oberamtspflege zu übernehmen sind. — Der Gemeinderat Altensteig hat beantragt, die Amtskörperschaft wolle ein zweites Bezirkskrankenhaus in Altensteig erbauen und betreiben; auch hat er sich verpflichtet, den Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und einen angemessenen Baukostenbeitrag zu leisten. Nach den angefertigten eingehenden Erhebungen und den Gutachten des Oberamtsarztes kann ein Bedürfnis für ein zweites Krankenhaus im Bezirk nicht anerkannt werden, auch ist nicht damit zu rechnen, daß unter diesen Umständen vom Staat der übliche Beitrag zu den Baukosten gewährt wird. Da zudem der Aufwand für die Erstellung und Einrichtung eines Krankenhauses mit etwa 40 Betten sich insgesamt auf mindestens eine halbe Million Mark belaufen wird, ferner der Betrieb als solcher zukunftbedürftig ist, vermag der Bezirksrat diesem Antrag nicht zuzustimmen. Er empfiehlt daher der Amtsversammlung, diesen Antrag abzulehnen. — Die Erweiterung des Bezirkskrankenhauses in Magold läßt sich nach dem übereinstimmenden Gutachten des Krankenhausarztes und des Oberamtsarztes nun nicht mehr länger hinausschieben, da weder der vorhandene Operationsraum den heutigen hygienischen Forderungen genügt, noch die Bettenzahl ausreicht. Der Bezirksrat ist daher entsprechend dem Vorgehen anderer Bezirke genötigt, die Notwendigkeit und Dringlichkeit der angeregten Verbesserungen anzuerkennen und beschließt daher, der Amtsversammlung die Erweiterung und Verbesserung des Bezirkskrankenhauses unter Benützung des im Jahr 1915 aufgestellten Plans zu empfehlen. — Die landw. Winterschule soll im Herbst ds. Js. in Magold eröffnet werden. Während die Stadt Magold die Räume in der früheren Präparandenanstalt unentgeltlich zur Verfügung stellt, sollen die übrigen Kosten, soweit sie nicht der Staat trägt, von der Amtskörperschaft übernommen werden. — Der von der Oberamtspflege vorgelegte Haushaltsplan der Amtskörperschaft für 1926 wird beraten und bei einem Abmangel von 208 633 M der Amtsversammlung eine Umlage von 190 000 M vorgeschlagen. Der übrige Abmangel soll aus verfügbaren Restmitteln gedeckt werden.

Süßmoßbereitung im Holzfaß in Magold.

Täglich mehren sich die Freunde des süßen Vollmoßes, der im Gegensatz zum vergorenen Sauermoß den vollen Nährwert des Obstes unverfälscht erhält. Der von dem badischen Obstbaulehrer Waumann erfundene Flächenreißer hält seinen Siegeszug von Ort zu Ort. Freiwillige Spenden und Beiträge haben es ermöglicht, auch für Magold einen solchen Apparat anzuschaffen. Vom 17.—19. Mai hielt Herr Waumann in

Stuttgart einen ...
mern auch Herr ...
und Herr Schulz ...
seine jährbare ...
nimmt die Bed ...
mäßige Gebüh ...
sich jetzt schon ...
Prüfung der ...
erforderlichen ...
Ein Jahr ...
bezeichnet da ...
Allen Ansehe ...
empfindliche ...
Pflanzen in ...
Die Natur de ...
besonders die ...
den. Auch ...
stimm. Und ...
zen, Raupen ...
tender Weiße ...
Garten große ...
Heu schon sch ...
der bevorsteh ...
Möginge ...
witter am le ...
Rappel bei d ...
umherfliehe ...
streifenleude ...
cheuer Schutz ...
den grellen ...
Calw, 17 ...
verkehrs. Un ...
hielt obenge ...
ab. Infolge ...
Stadt der Fr ...
denn man sie ...
durchwandern ...
renberg und ...
werden. A ...
haltung von ...
Die Kosten fü ...
der im verga ...
Exemplaren ...
Ein Wettbewerb ...
wird auch im ...
und ist hie ...
Ebenso haben ...
an Blumen z ...
Spezhard ...
brach aus u ...
Erdschloß d ...
von der Feu ...
Sachschaden ...
Freudenb ...
Den Geschni ...
Gedenktafel ...
Pflastererme ...
macht, daß i ...
heim an der ...
Bruders Da ...
Man kann si ...
schon längst ...
Der Zustand ...
ren Lungent ...
Rottenbu ...
ährige Sohn ...
den angechn ...
Maria Pfeil ...
konnte den ...
ihn so vom ...
M ...
Maffenn ...
Nr. 74 in ...
Schlächter ...
vorbestrafte ...
Frau und ...
einen Kostg ...
er einer fra ...
legungen b ...
Mutter von ...
gen erlegen ...
Zwei Kin ...
Chefrau ei ...
beiden Kin ...
bewußtlos ...
vergiftung ...
der Frau ...
das Gas i ...
Bergiftung ...
Erkrank ...
Sturms be ...
Frühen H ...
ein befan ...
Die ...
über das W ...
Benz in ...
Gänbringen ...
vergleich von ...
Am ...
Ga ...
statt, wozu ...
eingeladen ...
For ...
Nach ...
lung ...
Wal ...
9062

Stuttgart einen Ausbildungskurs, an dem unter 70 Teilnehmern auch Herr Gärtnereimer Julius Raaf, Gemeinderat und Herr Schumachermeister Kern teilnahmen.

Ein Jahr ohne Sommer. Der hundertjährige Kalender bezeichnet das Jahr 1926 als das Jahr ohne Sommer.

Mödingen, 15. Juni. Eingeschlagen. Bei dem Gewitter am letzten Samstag schlug der Blitz in die hochragende Bappel bei der Nagolder Straße und schlugte einen langen Streifen vom Stamm ab.

Calw, 17. Juni. Verschickung der Fremdenverkehrs. Unter dem Vorsitz des Herrn Stadtschultheiß Göhner hielt obengenannter Verein seine jährliche Hauptversammlung ab.

Spejhardt. Calw, 17. Juni. Brand. Nachts brach aus unbekannter Ursache in dem Spejereitaden im Erdgeschoss des Gasthauses zum „Lamm“ Feuer aus, das von der Feuerwehr Spejhardt gelöscht werden konnte.

Freudenstadt, 17. Juni. Von den Toten auferstanden. Den Geschwistern des seit 1916 verstorbenen und an der hiesigen Gedentafel stehenden Max Haug, Sohn des verstorbenen Pfälzermeisters Haug beim Adler, wurde die Mitteilung gemacht, daß ihr vermeintlich gefallener Bruder Max in Mülheim an der Donau im Krankenhaus liege.

Koffenburg, 17. Juni. Lebensrettung. Der vierjährige Sohn des Landwirts Franz Kahn fiel beim Spiel in den angeschwollenen Neckar.

Aus aller Welt

Massenmord und Selbstmord. Im Haus Leopoldstraße Nr. 74 in Dortmund hat in der Nacht zum Donnerstag der Schlächter Johann Blaschowski, ein mehrfach mit Zuchthaus vorbestrafter Mann, aus bisher unbekannter Ursache seine Frau und seine drei Kinder im Alter von 4-9 Jahren und einen Kostgänger mit einer Art erschlagen.

Zwei Kinder durch Gas vergiftet. Am Mittwoch wurde die Ehefrau eines Weberobermeisters in Chemnitz mit ihren beiden Kindern im Alter von 3 Jahren und 4 Monaten bewußtlos in ihrer Wohnung aufgefunden.

Ertrunken. Am Sonntag erkrankten infolge starken Sturms bei einer Fahrt in einem kleinen Segelboot auf dem Frischen Haß die beiden Brüder P e y e a n, von denen einer ein bekannter Seeflieger war.

Eisenbahnunglück. Auf der Pennsylvania-Eisenbahn ist 50 Meilen östlich von Pittsburg ein Schnellzug in die Schlusswagen eines voranfahrenen Schnellzuges hineingerannt.

Gleichberechtigung der Bekennnisse in der Türkei. Das Familienrecht in der Neuen Türkei hatte bisher keine Anerkennung erfahren. Es ist nicht richtig, daß bereits seit Monaten ein gesetzlich anerkannter Zustand eingeführt worden ist.

Letzte Nachrichten

Die Unterdrückung der elsässischen Autonomiebewegung.

Berlin, 18. Juni. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Straßburg hat der Straßburger Gerichtshof den Notar Desfle aus Bensfeld, der das autonomistische Manifest des Heimatbundes mit unterzeichnet hatte und der bei der Gerichtsverhandlung die volle Verantwortung über seine Ausdrucksweise übernahm, seines Amtes entpöben.

Die Professoren verlegen die Vorlesungen.

Berlin, 18. Juni. Die „Bosische Zeitung“ meldet aus Hannover: Wie wir erfahren, denkt Professor Leising weder daran, seinen Lehrauftrag aufzugeben, noch die Vorlesungen in diesem Semester abzubreden.

Hochwasser in Prag.

Prag, 18. Juni. Am Donnerstag trat die Moldau aus ihrem Flußbett und überschwemmte die tiefer gelegenen Straßen. Der Verkehr der Straßenbahn ist unterbrochen.

Der Papst verleiht seinem Bruder den erblichen Grafentitel.

Berlin, 18. Juni. Wie das „Berliner Tagblatt“ aus Rom meldet, hat der Papst seinem Bruder Fermo Ratti, dessen Tochter sich mit einem Marquisse Persichetti verheiratete, den erblichen Grafentitel verliehen.

9 Tote bei dem Balkonabsturz in Neapel.

Berlin, 18. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Rom meldet, wurden bei dem Balkonabsturz in Neapel, bei dem der Faschistenführer Padovani verunglückte, 9 Tote und 5 Verletzte geborgen.

Hochwasserkatastrophe in Nordmähren und Nordböhmen.

Prag, 18. Juni. In ganz Böhmen und Mähren sind die reißend geschwollenen Flüsse über ihre Ufer getreten, haben Felder und Wiesen überschwemmt und erheblichen Schaden angerichtet.

gen sind sehr bedroht. Ungeheure Wiesenflächen gleichen einem reißenden Strom.

Briands Versuch, ein Kabinett der nationalen Einheit zu bilden, ist gescheitert.

Briand versucht nun, ein Kabinett der republikanischen Konzentration zu bilden, für das auch Paul Boncour in Frage kommt.

Handel und Volkswirtschaft

Berliner Dollarkurs, 17. Juni. 4.20; Kriegsanleihe 0.405, Franz. Franken 171,50 zu 1 Pf. St., 34,73 zu 1 Dollar; Belg. D. 167,50 zu 1 Pf. St.

Berliner Geldmarkt, 17. Juni. Tägl. Geld 3,5-5 v. H., Monatsgeld 5,25-6,25 v. H., Warenwechsel 5,25-5 v. H., Privatdiskont 4,5 v. H.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben: 1 Ochse, 3 Bullen, 80 Jungbullen, 83 Jungrinder, 28 Kühe, 331 Kälber, 379 Schweine und 8 Schafe.

Table with market prices for various types of livestock including calves, cows, and pigs, listing prices per head or per pound.

Viehpreise. Ellwangen: 1 Paar Ochsen mit 20,3 Jtr. 1003 M., 21,9 Jtr. 1050 M., 25,8 Jtr. 1304 M., 20 Jtr. 960 M., 23,6 Jtr. 1130 M., 21,10 Jtr. 1085 M., 28,2 Jtr. 1260 M., 24 Jtr. 1087 M.; 1 Ochse mit 12 Jtr. 50 M. pro Zentner Lebendgewicht.

Holzverkaufserlöse aus den württ. Staatswaldungen. In letzter Zeit eröffnet die Forstämter Wachenwangen und Lettenang und die Dierdörferstelle Ringingen für Laubbaumholz, und zwar Eichen Sorte a 1.-4. Kl. 50-110 M., desgl. Sorte b 1.-6. Kl. 27-95 M., Sorte c 2. Kl. 18-59,40 M. je Fm.

Vom Wein. Vom Mittelhaardter Weinbaugebiet wird berichtet, daß die nächste Witterung den Reben sehr geschadet hat. Wahrscheinlich ist das Anziehen der Weinpreise darauf zurückzuführen.

Wetter für Samstag und Sonntag

Depressionen im Norden wirken immer noch auf die Wetterlage ein, die weiterhin unbeständig bleibt. Für Samstag und Sonntag ist zeitweise bedecktes und auch zu vereinzelt Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten

Advertisement for Turn-Verein Rohrdorf, featuring a logo and text about a meeting on June 20th.

Advertisement for Zeitschriften und Lieferungswerke by G. W. Zaiser, including contact information and a list of services.

Advertisement for Musik-Colleg Nagold, listing musical events and concert dates.

Advertisement for Freyhofers Kinderbuch, featuring an illustration of a child and text about the book's quality.

27 1/2 Millionen Deutsche,

das sind über zwei Drittel aller Wahlberechtigten, haben das Volksbegehren nicht unterzeichnet und sich somit

gegen das kommunistisch-sozialistische Raubbegehren ausgesprochen.

Sie sind gegen die Enteignung der Fürsten, weil sie den deutschen Rechtsstaat erhalten wollen und die Errichtung des bolschewistischen Raubstaates ablehnen. Sie wissen, daß nach der Enteignung der Fürsten nicht nur die Enteignung der Kirchen folgt, sondern daß nach bolschewistischem Muster

die Aufhebung des Privateigentums

durchgeführt wird, wie dies von der kommunistisch-sozialistischen Presse offen bekannt wird.

27 1/2 Millionen deutsche Wähler

beteiligten sich am Volksbegehren nicht, weil ihnen das siebente Gebot: Du sollst nicht stehlen, heilig ist und sie nicht zu Räubern werden wollten.

Und Du? Willst Du Dich

beim kommenden Volksentscheid von der kommunistisch-sozialistischen Propaganda einfangen lassen und Stimmvieh dieser Parteien werden?

Willst Du

die schließliche Enteignung aller, also auch Deine Enteignung?

Willst Du

durch Deine Beteiligung am Volksentscheid Wegbereiter einer neuen Revolution werden und dem bolschewistischen Staat, wie er in Rußland herrscht, zum Siege verhelfen?

Willst Du

durch Deine Stimme beim Volksentscheid deutsches Ansehen im Auslande untergraben und Deutschland in aller Welt kreditunwürdig machen?

Nein!

Dann stelle Dich auf die Seite der 27 1/2 Millionen deutscher Wähler, die dieses Raubbegehren schon einmal abgelehnt haben

und bleibe am 20. Juni zu Hause!

Aufruf

an das werktätige Volk!

In gemeiner und schuftiger Weise versuchen rechtsstehende Elemente die Wahrheit in den Dreck zu ziehen. Man stellt die Fürstenenteignung als Raub dar, während doch bewiesen ist, daß die Fürsten zum größten Teil **ihr Vermögen nicht durch Fleiß und Sparsamkeit** erworben haben.

Eine Schande für das deutsche Volk, wenn die **Kirche sich in den Dienst der Politik** stellt und sittliche und moralische Gründe die Veranlassung sein sollen. **Warum predigt die Kirche nicht auch gegen den Steuerbetrug**, der in himmelschreierischer Weise versucht und verübt wird von den Kreisen, die behaupten, das Privilegium der Kirche zu besitzen. Psui!

Zum Bettler sollen die Fürsten gemacht werden. Das letzte Kleidungsstück soll ihnen genommen werden. Solche Schauermärchen stammen von rechtsgerichteten Strolchen.

Wenn der Deserteur Wilhelm von Doorn täglich beinahe 2000 Mk. verbrauchen darf, und seit der Revolution gegen 100 Millionen Goldmark in bar erhalten hat, so sollte man nicht so frech sein und vom armen Volk noch Milliarden verlangen.

Männer und Frauen!

Stimmt am kommenden Sonntag mit

Ja!

Nagolb. 2082



Sonntag, 20. Juni

richtet die gesamte Feuerwehrrück mit Bederklinie

zur Übung aus. Antreten früh 7 Uhr beim Magazin. Das Kommando.

Nagolb. 2080

Löwenlichtspiele.

Samstag 8.15 Uhr Sonntag 4.00, 8.15 Uhr

Die Geheimbund-Sklaven

Sehr spannendes Drama in 11 Akten (zusammen) mit erstklassigen deutschen Darstellern.

1. Teil: Die Macht der Verschworenen. 2. Teil: Dinge zwischen Himmel u. Erde

Eintrittspreise: 1.- M., 70 und 50 J.

Bürgerpartei

1200 Zusammenkunft fällt wegen morgen stattfindendem Vortrag aus.

Samstag abend 1/9 Uhr

spricht im

2086

Traubensaal

Herr Landtagsabgeordneter Roos aus Stuttgart

über

Fürstenabfindung.

Jedermann ist willkommen!

Bürgerpartei. Deutsche Volkspartei.

Nat.-Soz. Deutsche Freiheitsbewegung

Ortsgruppe Nagolb.

Einladung

vom

Schützenverein Effringen

Sonntag, den 20. Juni

Fortsetzung und Vollendung

des

Preis-Schießens.



Geschossen wird wieder bei der Ziegelei hütte von 9-5 Uhr.

6 Uhr bestimmt Preisverteilung im Gasthaus zum „Pflug“.

Der Verein hofft, am Sonntag auch von den Sonnenstrahlen, die das Gütlinger Fest beglücken, beschenkt zu werden und ladet Schützen, sowie Gönner des Sports freundlich ein.

Der Ausschuß.

Turnverein Nagolb.

Morgen abend

Monats-

Versammlung

im

Waldborn.

Empfehle schöne frische

Gurken, Bohnen,

Erbisen, Tomaten,

Wirsing

Rohrkräble, Kar-

toffel, Butter und

Eier

H. Jung, Neuestr.

Postkarten

mit neuen Aufnahmen

von Nagold sind

zu haben bei G. W. Zaiser.



Anzeiger

Mit den i „Feierstu

Monat

Ersche Verbreit Sch rittleitung,

Telegramm-A

Nr. 140

Der Bökler befiger in Det geheßen.

In Königs eine deutsche T verlagte vollfo

Spanien d aus dem Bökler erhält.

In Portug den. Der neu

Politi

Siphus

Unterwelt ein

Gipfel es imm

h u n d. Dam

glichen sein.

des Genfer C

und C a m b

deres zu scha

nach Genf m

Aber jede

bloß eine Kon

unfruchtbare

H o u g t h o n

konferenz die

werde zusam

Einigung nic

mit Vorbedac

einem Fehls

diesem Rezep

t o m i s s i

gnungen i

der „Frieden

ihrer schwer

Polizei und

gehören, daß

des Verlailes

wenn es auc

hätte. Dann

aller Natione

sich nach dem

Bürokratism

und werde es

Eine Sif

ratung der 4